

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

2.2013
4,50 EUR

Peak-Oil-These

Die Mär vom baldigen
Ende des Öls

Wettbewerb, ade?

Exklusivinterview mit
Kartellamtschef Mundt

Wärmemarkt

Wie der Staat an Sanierungen
verdienen könnte

Kurs gesucht

WAS KOMMT NACH DER WAHL?
POSITIONEN DER FRAKTIONEN ZUR
ENERGIEPOLITIK IM CHECK

Gemeinsam stark in allen Regionen.

Der Mineralölmittelstand
in Deutschland.



DelHuff
MINERALÖLVERTRIEB
HEIZÖL • DIESELKRAFTSTOFF • SCHMIERSTOFFE • TANKSTELLEN



Westfalen AG

SCHARR
bringt Energie ins Leben

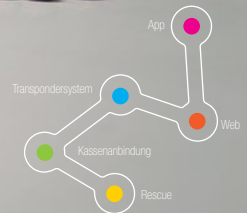


PWM



**BENZINPREISE
MELDEN WIRD
PFLICHT!**

Sind Sie bereit?



Die flexibelsten Meldelösungen
aus dem Hause PWM.

Ausführliche Informationen finden Sie auf unserer Microsite
www.mts-eins.de oder telefonisch unter 02261 / 40 96 115

Deutschland muss zur Sozialen Marktwirtschaft zurückfinden!



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI, Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder
Themenidee – wir haben ein
offenes Ohr für Sie. E-Mail an
dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI.
Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder
Tablet anschauen zu können, brauchen Sie
eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das
obenstehende Symbol mit Ihrer Handy-
kamera und es öffnet sich automatisch der
Multimedia-Inhalt.

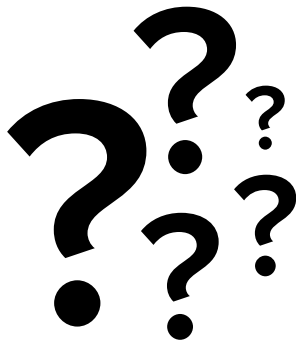
Wenn die Deutschen im September ihre Stimmen abgeben, kann als Ergebnis mehr dabei herauskommen als ein neuer Bundestag. Tatsächlich geht es im Besonderen um die Zukunft der Energiepolitik. Ob ein Paradigmenwechsel realistisch ist, darf angesichts der unterschiedlichen Positionen der Fraktionen und des auch nach der Wahl drohenden Patts zwischen Bundestag und Bundesrat bezweifelt werden. Unstrittig ist, dass energiepolitisch etwas faul ist im Staate Deutschland und die künftige Regierung dringend Abhilfe schaffen muss.

Denn wie es scheint, haben wir nicht zuletzt im Zuge der Energiewende die Soziale Marktwirtschaft im besten Erhard'schen Sinne verlernt. Wie ist es sonst zu erklären, dass in einem der reichsten Länder der Welt immer mehr Menschen die – zu einem großen Teil staatlich getriebenen – Energiekosten nicht mehr tragen können? Wem soll man vermitteln, dass es eine gesetzlich festgeschriebene Umverteilung von Arm zu Reich namens EEG gibt? Droht das gleiche bei der Wärmeversorgung durch Umlagen auf fossile Brennstoffe? Ist es hilfreich, dass ein Gesetz zur steuerlichen Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen durchfällt, weil politische Taktiererei offenbar wichtiger ist?

Wo bleibt die Vorbildfunktion der Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung? Und was ist mit Deutschlands globaler Vorreiterrolle bei der Energiewende? Sind staatlich getriebene Energiekosten nachahmenswert für Länder, die tief in der Finanzkrise stecken?

Um Deutschland auf Energiewende-Kurs im Wärmemarkt zu bringen, sind attraktive technologieoffene Anreizsysteme gefragt. Dabei sollten auch kleinere Sanierungsmaßnahmen förderungswürdig sein. Mit einer Investition von 8.000 bis 10.000 Euro für einen neuen Brennwertkessel kann der Energiebedarf enorm gesenkt werden. Effizienzsteigerung und Ressourcenschonung sind aber nur erreichbar, wenn staatliche finanzielle Anreize für die Breite gemacht sind. Man muss kein Volkswirt sein, um zu wissen, dass sich eine solche Förderstrategie merklich positiv auf die Staatskasse auswirken wird.

Die Politik wird sich an ihren Versprechen messen lassen müssen. Energieversorgung in Deutschland muss für alle bezahlbar bleiben. Effizienzmaßnahmen sollten jedem Förderwilligen zugänglich sein, etwa mit einem schlaunen Mix aus KfW-Darlehen und steuerlicher Förderung auch kleinerer Maßnahmen. Das ist sozial – und Marktwirtschaft! ■



6-11

Schwerpunkt

Energiepolitik im Fokus
Vor der Bundestagswahl:
Was planen die Fraktionen?



17

Was ist dran am Peak Oil?

24

Ignoriertes Förderpotenzial

5	Hingeguckt	<i>Realpreismast</i>	Superbenzin für 69 Cent – mitten in Berlin
6	<u>Schwerpunkt</u>	<u><i>Was planen die Fraktionen?</i></u>	<u>Fünf Fragen an die energiepolitischen Sprecher</u>
12	<u>Schwerpunkt</u>	<u><i>Wettbewerb im Energiesektor</i></u>	<u>Bundeskartellamtschef Mundt und der Mittelstand</u>
17	Zur Sache	<i>Peak Oil</i>	Nur ein politisches Hirngespinst?
20	Kompakt	<i>Diesel aus dem Darm</i>	Neues aus der Welt der Energie
22	Zur Sache	<i>EMCS</i>	Bürokratie und ihre absurden Folgen
24	Report	<i>Förderung im Wärmemarkt</i>	Warum der Staat viel Geld liegen lässt
26	60 Sekunden über ...	<i>Kaufkraft</i>	Warum Benzin so teuer wie vor 40 Jahren ist

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P) CHEFREDAKTEUR Florian Flicke REDAKTION Axel vom Schemm (Leitung), Frank Burger, Matthias Schatz ART DIREKTION Daisy Latussek, Silke Schlösser BILDREDAKTION Achim Meissner VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.corps-verlag.de VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRUNG Holger Löwe, Wilfried Lülldorf OBJEKTLEITUNG Jana Nölle ANZEIGENLEITUNG Tobias Bott, Tel. 030/755414-416 DRUCK Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg LITHO TiMe GmbH ADRESSÄNDERUNGEN Yana Terentyeva, Tel. 030/755414-425, Fax 030/755414-366 ISSN 2195-4445 Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.



↑ **Den Liter Super für knapp 70 Cent – wo gibt’s denn das?** Seit kurzem an der Glinkastraße 25 in Berlin-Mitte, wengleich nur virtuell. Weit sichtbar zeigt am UNITI-Haus ein Realpreismast die Kraftstofftarife ohne staatliche Abgaben. „Die Differenz zwischen dem Tankstellenpreis und dem unserer Anzeige kommt komplett dem Staat zugute“, betont UNITI-Vorstandsvorsitzender Udo Weber, selbst Tankstellenunternehmer. Der Staat profitiere durch die Besteuerung von 65,45 Cent pro Liter Ottokraftstoff und 47,04 Cent pro Liter Diesel. Oben drauf komme die Mehrwertsteuer als Doppelsteuer auf Produktpreis und Mineralölsteuer. So freut sich wenigstens einer über hohe Spritpreise ...

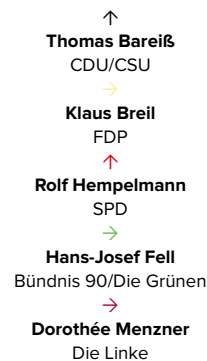
Wohin geht die Reise?

INTERVIEWS Axel vom Schemm

Energiepolitik ist auch immer eine Frage von Mehrheiten. Mit Blick auf die Bundestagswahl hat „energie+Mittelstand“ die Standpunkte der Fraktionen eingeholt. Die liegen weit auseinander, sind in Teilen sogar unvereinbar. Folgt ein reinigendes Gewitter oder droht neuer alter Stillstand?



Die energiepolitischen Sprecher:



Am 22. September wissen wir mehr. An diesem Sonntag wählt Deutschland einen neuen Bundestag, den 18. seit der Gründung der Bundesrepublik. Sobald feststeht, welche Fraktionen in die Erste Kammer des Parlaments eingezogen sind, beginnen die Koalitionsgespräche. Ob Schwarz-Gelb weiterregieren darf oder Rot-Grün eine Mehrheit mobilisieren kann, weiß derzeit niemand zu sagen. Fest steht allerdings, dass auch die künftige Bundesregierung – ganz gleich, welche politischen Lager diese stellen werden – einen Themenkomplex ganz oben auf der Agenda hat: die Energiewende.

Und da hat es jüngst ja gleich an mehreren Stellen geklemmt. Die einen fordern die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, andere wollen das Umwelt- zu einem Superministerium ausbauen. Und wieder andere sehen in den Verbraucherzentralen die Energiewächter der Zukunft. Hinter solchen wohl eher populistisch geführten

Diskussionen geraten diejenigen Probleme in den Hintergrund, die längst sehr konkrete Auswirkungen haben – für Verbraucher und mittelständische Unternehmen gleichermaßen. Die Sanierungsrate in deutschen Heizungskellern ist beispielsweise nach wie vor viel zu gering, um die im Energiekonzept festgeschriebenen Klimaziele im angestrebten Zeitraum zu erreichen. Der nicht enden wollende Streit um Fördermaßnahmen sowie die Diskussion um mögliche Strafumlagen auf fossile Brennstoffe im Wärmemarkt hat Hausbesitzer nachhaltig verunsichert. Und ohne Planungssicherheit investieren natürlich die wenigsten.

Wie es mit Blick auf die politische Großwetterlage in Berlin weitergehen könnte, hat „energie+Mittelstand“ die energiepolitischen Sprecher der aktuellen Bundestagsfraktionen gefragt. Fazit: So lange in Bundestag und Bundesrat verschiedene Mehrheiten bestimmen, scheint Stillstand angesagt. ■

1.

Eine Forsa-Umfrage ergab, dass für 75 Prozent der Verbraucher bezahlbare Energie wichtiger ist als grün erzeugte. Durch hohe Steuern und Umlagen ist allen voran der Staat zum Preistreiber geworden. Womit müssen die Verbraucher in Zukunft rechnen? Wird sich die Preisspirale unaufhörlich weiter nach oben drehen?

Thomas Bareiß
CDU/CSU

ZUR PERSON

Thomas Bareiß, Jahrgang 1975, sitzt seit 2005 für die CDU im Deutschen Bundestag. Seit 2010 ist er gewähltes Mitglied im Fraktionsvorstand und Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
www.thomas-bareiss.de

Zur Energiewende gibt es unterschiedlichste Umfragen. Für mich ist wichtig festzuhalten, dass sie ein umfassendes Jahrhundertprojekt darstellt, und dabei muss man ehrlich und offen mit den Menschen umgehen. Die Energiewende kostet Geld, und sie wird es nicht zum Nulltarif geben. Mein Anliegen ist, dass wir Entscheidungen mit Augenmaß treffen und die Energiewende bezahlbar halten. Denn auch wenn der Einstieg in neue Zukunftstechnologien nicht kostenlos ist, kann er nur gelingen, wenn er wirtschaftlich gestaltet wird. Anderenfalls werden die Akzeptanz der Energiewende gefährdet und der Wirtschaftsstandort

Deutschland bedroht, der auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen ist. Im Sinne der Bezahlbarkeit ist für mich beispielsweise unbedingt notwendig, dass die Förderung der erneuerbaren Energien effizienter gestaltet wird. Das EEG hat sich als gutes Markteinführungsinstrument erwiesen und maßgeblich dazu beigetragen, dass ein Viertel der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stammt. Jetzt ist es aber an der Zeit, dass die erneuerbaren Energien Eigenverantwortung übernehmen und laufen lernen. Nur so können Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet werden. ■■■

Klaus Breil
FDP

ZUR PERSON

Klaus Breil, Jahrgang 1945, ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.
www.klaus-breil.de

Damit Energie für Unternehmen und Bürger bezahlbar bleibt, ist es notwendig, die erneuerbaren Energien möglichst schnell in ein marktwirtschaftliches System zu überführen. Diesbezüglich stößt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seiner jetzigen Form jedoch an seine Grenzen. Aus diesem Grund wird in Zukunft der Strommarkt nur dann funktionieren, wenn die Marktintegration

der erneuerbaren Energien gelingt. Das von der FDP vorgeschlagene Mengenmodell ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.

Als Sofortmaßnahme zur Absenkung des Strompreises wollen wir eine aufkommensneutrale Reduzierung der Stromsteuer in Höhe der auf die EEG-Umlage entfallenden Mehrwertsteuereinnahmen. ■■■

Rolf Hempelmann
SPD

ZUR PERSON

Rolf Hempelmann, Jahrgang 1948, ist seit 2003 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.
www.rolfhempelmann.de

Es ist die Aufgabe der Politik, die Energiewende so kosteneffizient wie möglich umzusetzen, um den Preisanstieg für die Kunden zu dämpfen. Hierzu zählt in erster Linie, beim Ausbau der erneuerbaren Energien teure Überförderungen einzelner Technologien zu vermeiden und die Rahmenbedingungen derart zu gestalten, dass die regenerative Stromerzeugung sukzessive unabhängig von festgelegten Einspeisetarifen wird.

Gleichzeitig müssen wir ein Marktmodell entwickeln, das die Kostensenkungspotenziale der erneuerbaren Energien an die Kunden weitergibt. Allein die vermiedenen Importe von fossilen Rohstoffen haben im letzten Jahr rund sechs Milliarden Euro gespart. Diese Zahl steigt natürlich mit einem höheren Anteil erneuerbarer Energien kontinuierlich an. ■■■

Hans-Josef Fell
Bündnis 90/Die Grünen

ZUR PERSON

Hans-Josef Fell, Jahrgang 1952, ist seit 2002 Sprecher für Energie. Er ist Mit-Autor des Entwurfs des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).
www.hans-josef-fell.de

Bezahlbare Energien sind grüne Energien und eben nicht die fossilen und atomaren Energien. Die Preise für Erdöl, Erdgas und Kohle steigen seit Jahren, während die Preise für erneuerbare Energien ständig fallen. In der öffentlichen Darstellung wird der hohe Strompreis vielfach dem Ausbau der erneuerbaren Energien in die Schuhe geschoben. Doch wer genau hinguckt, erkennt, dass die Preistreiber an ganz anderer Stelle sind: Beispiele

sind politische Fehlentscheidungen der schwarz-gelben Regierung mit immer weiteren Ausnahmen für die Industrie oder die Gewinnmitnahmen der Stromkonzerne. Erneuerbare Energien werden immer billiger und erzeugen keine Schadenskosten wie der Atommüll oder die klimaschädliche Kohlestromerzeugung, womit nur sie die Gesellschaft in eine künftig für alle bezahlbare Energieversorgung führen. ■■■

Die Aussage, der Staat sei allen voran zum Preistreiber geworden, ist nicht richtig. Worauf solche Argumente meist abzielen, ist, Finanzierungssystemen wie der EEG-Umlage den Schwarzen Peter zuzuschreiben. Tatsache ist, dass seit Beginn des EEG im Strombereich zwei Drittel der Preissteigerungen weder durch staatliche Aufschläge wie Steuern noch durch die Förderung der

erneuerbaren Energien erklärt werden können. Was hingegen gestiegen ist, sind Beschaffungskosten bei den Brennstoffen, die Ausnahmen der energieintensiven Industrie bei Energiekosten und die Marge der großen Energiekonzerne. Dass das so ist, können Sie den Geschäftsberichten von E.on und RWE entnehmen. ■■

ZUR PERSON

Dorothee Menzner, Jahrgang 1965, ist seit 2009 energiepolitische Sprecherin der Die-Linke-Bundestagsfraktion. www.dorothee-menzner.de

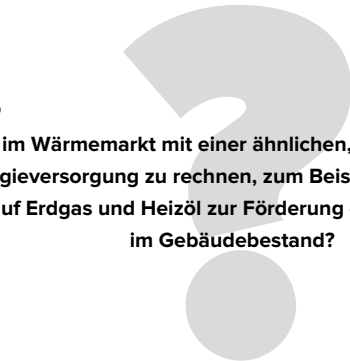
2.

Ist auch im Wärmemarkt mit einer ähnlichen, staatlich induzierten Verteuerung der Energieversorgung zu rechnen, zum Beispiel durch die aktuell diskutierten Umlagen auf Erdgas und Heizöl zur Förderung erneuerbarer Energien im Gebäudebestand?



Thomas Bareiß
CDU/CSU

Ziel unserer Politik ist es nicht, Energie unnötig zu verteuern. Ich halte deshalb nichts von ordnungspolitischen Maßnahmen im Wärmemarkt. Mit der Mietrechtsnovelle und dem CO₂-Gebäudesanierungsmarkt haben wir die richtigen Anreize gesetzt. Hieran sollten wir anknüpfen. Bei der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung gilt es den rot-grünen Widerstand zu brechen. ■■



Hans-Josef Fell
Bündnis 90/Die Grünen



Die Heizölpreise sind seit 1988 um 280 Prozent und die Erdgaspreise um 110 Prozent gestiegen. Das ist nicht das Ergebnis eines Eingriffs des Staates, sondern geht auf die weltweit steigenden Rohstoffpreise zurück. Nur mit Energieeffizienz, durch die Altbausanierung und Umstellung auf brennstoffkostenfreie erneuerbare Energien, werden wir die Heizkosten für die Nutzer auch in den kommenden Jahren noch leistbar halten können. Aber der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmebereich stagniert auf einem niedrigen Niveau. Es wird also Zeit, dass Bundesregierung und Bundestag hier aktiv werden. Nur so können wir die Energiewende auch im Wärmesektor angehen und die Kosten für die Verbraucher mittel- und langfristig bezahlbar halten. Grünes Ziel ist es, die Wärmeversorgung bis 2040 vollständig auf erneuerbare Wärme umzustellen. ■■

Klaus Breil
FDP



Wir lehnen die Einführung von prozentualen Zwangsvorgaben für die Nutzung von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand ab. Zwangsverpflichtungen führen nur dazu, dass sich Modernisierungsmaßnahmen verteuern und Modernisierungswillige „bestraft“ werden. ■■

Rolf Hempelmann
SPD



Aus meiner Sicht ist eine Umlage auf fossile Brennstoffe zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt nicht der richtige Weg. Eine solche Förderung sollte, wie bisher auch, aus Förderprogrammen finanziert werden. Auch hierbei müssen Überförderung und Ineffizienzen vermieden werden. ■■

Dorothee Menzner
Die Linke



Eine „staatlich induzierte Verteuerung“ ist nur eine Seite der Medaille. Es geht um den Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Dass das in einer seit Jahrhunderten auf fossiler Energie fußenden Wirtschaft Probleme schafft, ist verständlich. Auf der anderen Seite steht aber die Verteuerung und Verknappung fossiler Brennstoffe bei

gleichzeitig steigendem globalen Energiebedarf, der in naher oder mittlerer Zukunft zu ganz anderen Preis- und Versorgungseffekten führen wird. Dass, wie bei der E10-Einführung, Fehler gemacht werden, steht auf einem anderen Blatt. Über Umlagen lässt sich nur spekulieren, da Energiegesetzgebung von Mehrheiten abhängt und zurzeit geringe Halbwertszeiten hat. ■■

3.

Seit Jahren nennen Parteien jeglicher Couleur Energieeffizienz im Bereich der Gebäudesanierung als einen wesentlichen Schlüssel für das Erreichen der Klimaziele.

Das Gesetz zur stärkeren steuerlichen Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen ist aber im Bundesrat durchgefallen.

Wie passt das zusammen?



Thomas Bareiß
CDU/CSU

Das ist auch für mich ein Ärgernis. Wenn es Rot-Grün mit der Energiewende ernst meint, hätten sie der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung zustimmen müssen. Denn die steuerliche Förderung hätte ideal die bestehenden Programme ergänzt und besonders den Häuslebauern Anreize zum Sanieren geboten. Davon hätten Handwerk und Industrie, Mieter und Wohneigentümer, Kommunen und Länder gleichermaßen profitiert. ■■■

Klaus Breil
FDP



Diese Frage müssen Sie nicht mir, sondern dem rot-grün dominierten Bundesrat stellen, der das Gesetz hat scheitern lassen. Seine Haltung in dieser Angelegenheit kann ich in keiner Weise nachvollziehen. ■■■

Rolf Hempelmann
SPD



Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich im Sommer 2011 dafür ausgesprochen, die von der Bundesregierung vorgesehene steuerliche Förderung für die zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäude durch eine direkte Zulage zu ersetzen, um optimale Förderanreize zu setzen sowie eine gleichmäßige und einkommensunabhängige Begünstigung für alle Wohneigentümer sicherzustellen. Und auch die Finanzminister der Länder waren von dem Konzept der Bundesregierung nicht überzeugt. ■■■



Thomas Bareiß
CDU/CSU

Fortschritte, vor allem im Gebäudebereich, erreichen wir nicht durch Zwang und Ordnungsrecht, sondern indem wir wirkungsvolle Anreize schaffen. Das sehe ich als zentrale Aufgabe der Politik an. Um die angestaute Investitionsblockade im Heizungskeller zu lösen und Investitionssicherheit zu erreichen, haben wir die Finanzierung des Marktanreizprogramms (MAP) sichergestellt und im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm Mittel für Einzelmaßnahmen, etwa Erneuerungen von Heizungen, zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde ein eigenes KfW-Programm für Heizungsanlagen aufgelegt. ■■■



Hans-Josef Fell
Bündnis 90/Die Grünen

Energieeffizienz kann zusammen mit dem Einsatz erneuerbarer Energien einen zentralen Beitrag leisten, Energieimporte zu reduzieren und damit die Preise für die Verbraucher zu senken. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat jedoch schon auf EU-Ebene erfolgreich die Energieeffizienzrichtlinie so abgeschwächt und auch die Umsetzung in nationales Recht so schwach gemacht, dass Energieeffizienz kaum mehr stattfinden wird. In der steuerlichen Abschreibung hat die Bundesregierung den Ländern keine Angebote zur fairen Kostenaufteilung gemacht, weshalb sie einen großen Teil der Schuld an dem Scheitern trägt. Mit einer grünen Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl werden wir die Richtlinie mit einer ambitionierten Energieeffizienzpolitik umsetzen und den Ländern ein faires Angebot zur Kostenverteilung für die steuerliche Abschreibung machen. ■■■

Dorothee Menzner
Die Linke



Dieser Gesetzentwurf war ein gutes Beispiel dafür, wie man unter dem Deckmantel der Energiewende soziale Probleme verschärfen kann. Hier sollte nämlich ein Großteil der steuerlichen Vergünstigungen zulasten von Ländern und vor allem Kommunen eingeführt werden. Gerade in strukturschwachen Regionen ist das absurd, weil hier Kommunen ohnehin schon auf dem Trockenen sitzen. Das Gesetz ist so zu Recht am Bundesrat gescheitert, gleichwohl die Förderung der energetischen Gebäudesanierung voranzutreiben ist. Ein viel geeigneteres Mittel wäre hier die Aufstockung von KfW-Mitteln, die man so passend aus dem Energie- und Klimafonds des Bundes hätte finanzieren können. ■■■

4.

Jede fünfte Heizungsanlage in Deutschland ist älter als 24 Jahre. Laut Emnid sind zu geringe und unstetig fließende Fördermittel ein Grund für die Investitionszurückhaltung. Was planen Sie, um das zu ändern? Muss mit einem strengeren Ordnungsrecht gerechnet werden, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen?

Klaus Breil
FDP



Die Liberalen setzen in dieser Frage nicht auf Zwang, sondern auf Freiwilligkeit. Wir sind davon überzeugt, dass aufgrund der gestiegenen Energiepreise Eigentümer ein erhöhtes Interesse an der Sanierung haben. Kürzere Amortisationszeiten sind ein guter Anreiz für sie, um verstärkt in die Ertüchtigung ihrer Heizungsanlagen zu investieren. ■■■



Rolf Hempelmann
SPD

Wir brauchen einen klugen Mix aus Ordnungsrecht und Anreizinstrumenten. Wenn die Politik Förderprogramme auflegt, müssen hierfür auch verlässlich und planbar auf längere Zeit Gelder bereitgestellt werden. Ein Hin und Her wie in den letzten vier Jahren beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm darf es nicht wieder geben. ■■■



Dorothee Menzner
Die Linke

Zu Beginn jeder Haushaltsberatung des Bundestages schauen wir uns unter anderem zuerst an, welche KfW-Programme von der Bundesregierung in welchem Maße beschnitten werden sollen. Es ist richtig, dass unstetig fließende Fördermittel hier ein sehr großes Problem sind, und wir haben uns immer dafür stark gemacht, diese Programme auszuweiten statt einzukürzen. Der Energie- und Klimafonds des Bundes wäre hier stetig mit Milliarden auszustatten, die man in die vergangenen Jahren aus den Windfall Profits der Energiekonzerne beim Emissionshandel hätte speisen können und müssen. Danach hätte es die Brennelementesteuer sein können und könnte es auch noch sein. Es scheitert leider immer wieder an einer vehementen Klientelpolitik der Bundesregierung. ■■■



Thomas Bareiß
CDU/CSU

Eine neue Energiewelt kann nicht von heute auf morgen entstehen, sondern muss durchdacht sein und sich entwickeln können. In den kommenden zwei Dekaden werden wir auch weiterhin konventionelle Energien brauchen, um die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten zu können. Das geht nur mit Technologieoffenheit. Es geht nicht darum, eine bestimmte Technologie zu fördern, sondern darum, wie am effizientesten CO₂ eingespart werden kann. Und da ist Autogas sicher eine vielversprechende Option. ■■■



Rolf Hempelmann
SPD

Wir werden für die nächsten Jahrzehnte auf fossile Kraft- und Brennstoffe nicht verzichten können. Grundsätzlich brauchen wir auch im Verkehrssektor eine stärkere Diversifizierung der Energieträger. Neben Erdgas-, Elektro- und Wasserstoffmobilität wird auch Autogas hierbei eine wichtige Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen bei Ethanol und Biodiesel in Hinblick auf Produktionsbedingungen und Auswirkungen auf Mensch und Natur halte ich eine Diskussion um E20 für nicht zielführend. ■■■



Hans-Josef Fell
Bündnis 90/Die Grünen

Die bestehenden Förderprogramme wie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien sind von der schwarz-gelben Regierung in den letzten Jahren immer wieder gekürzt oder ganz gestoppt worden. Damit wurde das Investitionsklima stark geschädigt. Auch andere Programme aus diesem Energie- oder Klimafonds werden aktuell gekürzt oder gestrichen. Die Ursache lag in der verfehlten Annahme von Schwarz-Gelb, die Energiewende aus Einnahmen der Verlängerung der Laufzeit von Atomkraft und des Emissionshandels zu finanzieren. Es war von vornherein abzusehen, dass dies keine tragfähige Finanzierungsbasis ist. Wir Grünen wollen das Anreizprogramm, die Altbausanierung und weitere Programme ausreichend ausstatten, um sie kontinuierlich laufen zu lassen. Dafür wollen wir die Finanzierung wieder aus dem allgemeinen Steuerhaushalt bereitstellen und die Gegenfinanzierung durch den Abbau von milliardenschweren ökologisch schädlichen Subventionen schaffen. Unsere dänischen Nachbarn haben den Einbau fossiler Heizungskessel seit dem 1. Januar dieses Jahres verboten. Zudem geben sie überschüssigen, und damit fast kostenlosen Windstrom in die Heizungsanlagen, um damit teures Erdöl und Erdgas zu ersetzen. Das macht viel mehr Sinn als die hiesige Praxis, Windräder abzuschalten, wenn bei viel Wind starker Windstromüberschuss vorhanden ist. ■■■

5.

Das Klimakonzept der Bundesregierung ist dem Wortlaut zufolge technologieoffen. Welche Rolle spielen konventionelle fossile Kraft- und Brennstoffe im Energiemix der Zukunft? Wie bewerten Sie den Vorstoß des BMVBS in Richtung E20? Welche Bedeutung kommt Autogas als alternativem Kraftstoff zu?



Klaus Breil
FDP

Die FDP-Bundestagsfraktion hält es für wichtig, nur die Rahmenbedingungen zu setzen, aber den Unternehmen nicht bis ins Detail vorzuschreiben, welche Energie sie wie erzeugen und nutzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich auf Dauer gesehen die effizienteste, kostengünstigste Erzeugung etabliert. Wir werden auch künftig konventionelle fossile Kraft- und Brennstoffe nutzen, weil wir – Stand heute – nur dadurch eine stabile Energieversorgung sicherstellen können.

Schon E10 ist von den Verbrauchern nicht besonders gut angenommen worden. Deshalb sehe ich eine Erhöhung der Beimischungsquote als nicht sehr aussichtsreich an.

Autogas hingegen ist im Kommen, weil es niedrig besteuert ist. Zudem hat es den Vorteil, umweltfreundlicher als Benzin zu verbrennen. Die CO₂-Emission liegt rund 15 Prozent unter der von Benzin. ■■■

Hans-Josef Fell
Bündnis 90/Die Grünen



In einer wirksamen Klimaschutzstrategie dürfen Erdöl und Erdgas und übrigens auch Kohle keine Rolle mehr spielen, da sie immer CO₂ emittieren und die Verbraucher mit steigenden Erdöl- und Erdgaspreisen immer weiter belasten. E20 besteht zu 80 Prozent aus Erdöl und kann schon deshalb nicht für den Klimaschutz dienen. Zudem mischen die Mineralölkonzerne solche Biokraftstoffe bei, die zumeist aus nicht nachhaltigem Anbau, wie zum Beispiel aus Urwaldabholzungsgebieten kommen. Wir brauchen endlich die Umstellung auf Elektromobilität mit Ökostrom für Autos, Busse, Bahnen. Weite Strecken und schwere Transporte müssen mit nachhaltigen reinen Biokraftstoffen abgedeckt werden. Autogas wird nur erzeugt aus Biogas einen Klimaschutzbeitrag liefern. ■■

Dorothee Menzner
Die Linke



Für die Zukunft spielen konventionelle fossile Kraftstoffe eine wichtige Rolle als Brückentechnologie im Strommarkt, Stichwort flexible Gaskraftwerke. Allerdings ist Kohleverstromung ein Auslaufmodell und im Hinblick auf die Klimaziele der Bundesrepublik werden wir früher oder später auch an einem Kohleausstiegsgesetz nicht vorbeikommen. Im Verkehrsbereich müssen vor allem sinnlose Güterströme eingedämmt werden, während gleichzeitig alternative Technologien weiterentwickelt werden müssen. Solange wir es uns leisten, aus Kostengründen holländische Tomaten nach Spanien zu fahren, um sie dort zu etikettieren und danach auf dem deutschen Markt als spanische Tomaten verkaufen zu können, verliert die Debatte um alternative Kraftstoffe etwas an Brisanz. Klar muss aber sein, dass Raubbau am Ökosystem oder die Vermaischung ganzer Landschaften für die massenweise Herstellung von Bioethanol weder nachhaltig ist noch gewünscht sein kann. E20 kann unter solchen Rahmenbedingungen kein Thema sein. ■■

Und das meint energie + MITTELSTAND

Marktwirtschaft, Technologieoffenheit, Ausgewogenheit:
Gute Ansätze hier, ideologische Scheuklappen dort.

Lippenbekenntnisse sind laut Definition Aussagen, die zwar etwas versprechen, aber nicht ernst gemeint sind. Was das mit der Energiewende zu tun hat? Im Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung aus dem Jahr 2010 verspricht die Bundesregierung auf Seite 3 wörtlich, „auf eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik“ zu setzen. Die Realität sieht anders aus. Ordnungspolitische Maßnahmen wie Fernwärmeanschlusszwänge oder das Gesetz zur Förderung regenerativer Energien in Baden-Württemberg nehmen den Verbrauchern die freie Wahl. Und führen dazu, dass sie immer weniger sanieren. Das ist nicht nur schlecht für die Verbraucher, denen Planungssicherheit fehlt. Es schadet auch den heimischen Unternehmen, die weniger Aufträge erhalten, und im Zuge dessen natürlich auch der Staatskasse, die angesichts des hohen inländischen Wertschöpfungspotenzials im Bereich Heiztechnik ordentlich mitverdienen könnte.

Spätestens nach der Wahl muss die Politik Farbe bekennen und sich an ihren Versprechen messen lassen. Absolut begrüßenswert ist die Position der

CDU/CSU-Fraktion. Technologieoffenheit ist der beste und einzig sinnvolle Ansatz, um die Energiewende zum Erfolg zu bringen. Inhaltlich einig mit der **FDP** spricht sich die Union zudem dafür aus, die Energiewende auf ein Fundament zu stellen, das sowohl sozialen als auch marktwirtschaftlichen Maßgaben folgt. Richtig, meint „energie+Mittelstand“, denn erst ein Mehr an Markt erschließt alle vorhandenen Potenziale und verhindert die Fehlleitung von Investitionen.

So positiv wie nachweislich korrekt ist auch eine Bewertung der **SPD**. Die Sozialdemokraten haben die nach wie vor große Bedeutung der fossilen Energieträger auch für die kommenden Jahrzehnte zutreffend erkannt.

Den **Grünen** scheint der Blick auf die Energiewende durch ideologische Scheuklappen leider weitestgehend verstellt zu sein. Gedankliche Enge ist hierbei allerdings eher hinderlich als hilfreich. Eine ausgewogene Energiepolitik sieht anders aus.

Die Linke betreibt offenbar auch im Energiebereich lieber Klassenkampf als nachhaltige Politik. Lösungen oder neue Perspektiven bieten ihre Ansätze unserer Ansicht nach nicht. ■■

„Der Mittelstand ist das beste Korrektiv“

INTERVIEW Axel vom Schemm, Florian Flicke

FOTOS Bernd Nörig

Andreas Mundt ist Deutschlands oberster Wettbewerbshüter. Mit „energie+Mittelstand“ spricht er über den Sinn staatlicher Regulierungen, marktferne Tendenzen im Zuge der Energiewende, wettbewerbsgerechte Tankstellenpreise – und darüber, warum gerade kleinere Tankstellen von der Arbeit des Bundeskartellamts profitieren können.





ZUR PERSON

Der studierte Jurist Andreas Mundt, geboren am 13. August 1960 in Bonn, arbeitet seit dem Jahr 2000 im Bundeskartellamt. Nach Leitungsfunktionen in verschiedenen Referaten und Abteilungen ist er seit 2009 Präsident der Bonner Behörde. Zuvor war der heute 52-Jährige als Referent für Arbeits- und Sozialrecht bei der FDP-Bundestagsfraktion und im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie tätig. Mundt ist verheiratet und hat drei Kinder.

? Herr Mundt, „Mehr Markt!“ titelte „energie+Mittelstand“ in der vergangenen Ausgabe fordernd. Wie viel freien Markt gibt es im deutschen Energie- und Wärmesektor noch?

Die gesamte deutsche Energiewirtschaft leidet derzeit unter zahlreichen staatlichen Wettbewerbsbeschränkungen. Wir hatten ab 1998 eine sehr erfolgreiche Phase der Liberalisierung und Privatisierung – meines Erachtens war das eine segensreiche Entwicklung. Aber nun leben wir in einer anderen Zeit. Inzwischen denkt die Politik wieder eher über Regulierung und andere staatliche Eingriffe nach.

? Welche Rolle spielt die Energiewende dabei?

Im Kontext der Energiewende gibt es viele marktferne Entwicklungen, man denke an den Einspeisevorrang und die festen Subventionen für den Strom aus erneuerbaren Ressourcen. Das ist schon auf den ersten Blick nicht marktwirtschaftlich. Die Energiewende verfolgt ein politisch gesetztes Ziel. Um dieses zu erreichen, sind natürlich gewisse staatliche Rahmenbedingungen zu setzen. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass sich diese Eingriffe auf das kleinste notwendige Ausmaß beschränken sollten. Bei jeder geplanten Maßnahme sollte die Politik sich aufs Neue die Frage stellen, ob das nicht die Marktakteure untereinander besser regeln könnten. Es wird leider fast immer kompliziert, wenn die Politik plant und Vorgaben macht, die Märkte aber anders als erwartet reagieren.

? Woran liegt das Ihrer Meinung nach im Energiesektor?

Genau wie in anderen Märkten auch sind die Zusammenhänge schlicht zu komplex, um sie auf dem Reißbrett in den Griff zu kriegen. Drehen Sie an der einen Schraube, bewegt sich das System auf einmal in die andere Richtung. Die Effektivität der Förderung der erneuerbaren Energien sprengt offensichtlich die Erwartungen und schon laufen die Kosten aus dem Ruder. Die Rentabilität neuer Kraftwerke ist plötzlich mit großen Fragezeichen zu versehen. Gleichzeitig können wir auf diese Kapazitäten nicht verzichten, da der Wind nicht im-

mer weht und die Sonne auch nicht immer scheint. Es gibt ein regelrechtes Gestrüpp von unterschiedlichen Interessen und es wird meines Erachtens nicht gelingen, dieses aufzulösen, ohne mehr Markt zuzulassen. Auch die Interessenlagen der Bundesländer sind heterogen. Der Norden will Windkraft, der Süden setzt sich für Photovoltaik ein, ländliche Regionen kämpfen für Biomasse. Positiv könnte man sagen, dass es zumindest auf politischer Ebene so etwas wie einen Wettbewerb der Ideen gibt – aber der muss natürlich auch fruchten. Zudem denke ich, dass die Diskussion um steigende Strompreise und die EEG-Umlage zwangsläufig zu Veränderungen führen wird. Es war zwar stets allen bewusst, dass die Energiewende etwas kosten wird – das hat die Politik immer gesagt. Nicht klar war, wie viel sie tatsächlich kostet. Die Politik muss bemüht sein, den Gleichklang aus Bezahlbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu wahren. Die Kostendiskussion hat dazu geführt, dass die Frage der Wirtschaftlichkeit wieder mehr im Blick ist.

? Kritiker beklagen, das Energiekonzept der Bundesregierung sei in erster Linie ein Stromsparkonzept – was den Blick auf die wichtige Rolle anderer Energieträger und des Wärmemarkts beim Erreichen der Klimaziele verstelle.

Das liegt meines Erachtens in erster Linie daran, dass Strom derzeit die größten Probleme bereitet. Hier ist der staatliche Einfluss durch die EEG-Umlage am stärksten und für jeden in Deutschland spürbar. In anderen Märkten sind staatliche Eingriffe eher punktuell und von geringerem Ausmaß. Sie stehen daher nicht so sehr im Fokus der Öffentlichkeit.

? Blicken wir auf den Wärmemarkt: Einige Kommunen zwingen ihre Bürger, sich an das örtliche Fernwärmenetz anzuschließen. Den Verbrauchern wird die freie Wahl des bezogenen Brennstoffs genommen. Ihre Sektoruntersuchung Fernwärme hat obendrein gezeigt, dass manche Unternehmen ihre Marktmacht offenbar ausnutzen – und teurer sind.

Tatsächlich haben wir auf Grundlage unserer

Analyse mehrere Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Fernwärmepreise eingeleitet. Kunden haben lediglich vor der erstmaligen Entscheidung für ein bestimmtes Heizsystem die Auswahl zwischen verschiedenen Versorgungswegen. Haben die Kunden sich einmal für die Fernwärme entschieden, besteht auf lange Sicht keine Wechselmöglichkeit. Daher sind bei überhöhten Preisen Missbrauchsverfahren des Bundeskartellamts erforderlich, um die Verbraucher zu schützen. Wir vergleichen die durchschnittlichen Erlöse der Anbieter und überprüfen im Detail, ob Preisunterschiede in den vorliegenden Höhen gerechtfertigt sind. Gegebenenfalls können wir Erstattungen fordern oder Preissenkungsverfügungen erlassen. Solche Maßnahmen haben wir in großem Umfang im Gasbereich angeordnet, zu Zeiten, als der Anbieterwechsel noch nicht ohne weiteres möglich war. Unser Einschreiten hat den Verbrauchern in Deutschland damals fast eine halbe Milliarde Euro an Kosten erspart. Auch im Bereich der Wasserversorgung haben wir Missbrauchsverfahren gegen große Versorger geführt.

? Einen freien Markt erreichen Sie damit aber noch nicht. Was sagen Sie als Deutschlands oberster Wettbewerbschützer zu einem Instrument wie dem Anschlusszwang?

Ein Anschlusszwang ist immer ein wettbewerbsbeschränkendes Instrument, schottet den Markt ab und begrenzt die Auswahlmöglichkeiten der Verbraucher. Wir sehen das je nach Versorgungsbereich kritisch. In manchen Bereichen gibt es sicherlich eine Berechtigung, beispielsweise bei der Wasserversorgung. Bei der Fernwärme sieht es anders aus. Im Abschlussbericht haben wir empfohlen, bei ihr solche rechtlichen Monopolstellungen gar nicht erst einzuräumen.

? Glauben Sie angesichts solcher Auswüchse wie auf dem Fernwärmemarkt immer noch daran, dass Wettbewerb der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft ist, wie Sie einst formulierten?

Entwicklungen in beide Richtungen – also mehr Markt oder mehr Regulierung – sind nicht ungewöhnlich, solche Phasen hat es in der Vergangenheit immer wieder einmal gegeben. Wettbewerb ist aber trotz alledem fest im Denken der Menschen verankert. Es gibt in Deutschland einen sehr breiten gesellschaftspolitischen Rückhalt für die Grundwerte unserer freien Marktwirtschaft, davon bin ich überzeugt. Und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist nach wie vor das Grundgesetz der Sozialen Marktwirt-

schaft. Die Entwicklungen in einzelnen Bereichen sollen nicht den Blick darauf verstellen, dass das Grundgefüge stimmt.

? Und an welche Bereiche denken Sie dabei konkret?

Wir haben bereits über die Vernachlässigung des Wettbewerbsgedankens bei der Ausgestaltung der Energiewende gesprochen. Ein anderes Beispiel ist die Entsorgungswirtschaft, in der man eine Privilegierung der kommunalen Betriebe gesetzlich verankert hat.

? Wie steht es mit dem Tankstellenmarkt? Auch dazu gab es eine Sektoruntersuchung. Hinweise auf Absprachen haben Sie nicht gefunden?

Das stimmt. Aber das war auch nicht das Ziel der Analyse. Unsere Untersuchung hat ergeben, dass wir es mit einem Oligopol, also der gemeinsamen Marktbeherrschung durch fünf große Mineralölkonzerne zu tun haben.* Wir haben analysiert, wie der Markt funktioniert und unter anderem Erstaunliches über das Preissetzungsverhalten der Konzerne herausgefunden. Die Preise an den Zapfsäulen sind für die Unternehmen dermaßen transparent und leicht ermittelbar, dass sie auch die Preise der Konkurrenz stets im Blick haben. Unter solchen Voraussetzungen braucht es auch keine Absprachen, um dennoch quasi parallel die Preise nach oben zu schieben.

? Dennoch scheinen Sie mit dem Resultat nicht zufrieden. Misstrauen Sie den Ergebnissen Ihrer eigenen Untersuchung?

Noch mal: Es ging uns im Rahmen der Sektoruntersuchung Tankstellenmarkt nicht um Absprachen. Wir haben keine Hinweise auf Absprachen



Andreas Mundt (2. v. r.) und Bundeskartellamts-Pressesprecher Kay Weidner (r.) im Gespräch mit den „energie+Mittelstand“-Redakteuren Axel vom Schemm (l.) und Florian Flicke (2. v. l.).



„Wenn man Wettbewerb entfachen möchte, geht das am besten über die Vertreter, die nicht dem Oligopol der großen Fünf angehören.“



Andreas Mundt zur Bedeutung des Mittelstands im Tankstellenmarkt.

gefunden. Das bedeutet aber noch nicht, dass wir es mit funktionierendem Wettbewerb zu tun haben. Auch jenseits von illegalen Absprachen kann es zahlreiche Hemmnisse und Beschränkungen für den Wettbewerb geben.

? Das müssen Sie erklären.

Die fünf großen Mineralölkonzerne teilen sich zunächst einmal rund zwei Drittel des Tankstellenmarkts in Deutschland. Darüber hinaus sind die Unternehmen eng miteinander verflochten und sie kooperieren beispielsweise über Austauschverträge oder die gemeinsame Nutzung von Raffineriekapazitäten miteinander. Der Markt ist für die Unternehmen ausgesprochen transparent und das Produkt ist äußerst homogen. Und die Freien Tankstellen werden von den großen Fünf mit Kraftstoff beliefert. Zusammengenommen können unter all diesen Voraussetzungen wettbewerbliche Mechanismen offensichtlich nicht richtig greifen. Als nächsten Schritt haben wir eine Sektoruntersuchung im Raffineriebereich eingeleitet. Wir prüfen, wie es um die Wettbewerbsintensität auf den vorgelagerten Raffinerie- und Großhandelsmärkten bestellt ist. Wir werden uns auch genauer ansehen, in welcher Form Preisbewegungen bei Rohöl und Mineralölprodukten an die Autofahrer weitergegeben werden. Wegen der Arbeiten an der Markttransparenzstelle Kraftstoffe mussten wir die Arbeiten an der Sektoruntersuchung Raffinerien und Mineralölgroßhandel allerdings erst einmal zurückstellen.

? Gibt es ein Ergebnis, das Sie bei der Sektoruntersuchung Raffinerien erwarten? Man könnte meinen, es ist wie bei der Staatsanwaltschaft,

die ja auch erst ermittelt, wenn es einen Anfangsverdacht gibt.

Nein, wir sind eine rechtsanwendende Behörde und starten da völlig ergebnisoffen. Eine Sektoruntersuchung ist auch kein Kartellverfahren. Um eine solche Untersuchung machen zu können, brauchen wir keinen Hinweis auf Preisabsprachen oder Ähnliches. Es reicht, und so steht es auch im Gesetz, dass Indikatoren dafür bestehen, dass der Wettbewerb in diesem Wirtschaftsbereich nur eingeschränkt funktioniert.

? Wenn die Preisentstehung so wichtig ist, wozu braucht es dann die Markttransparenzstelle (MTS), die ja nur die Preise an der Zapfsäule weitergibt?

Die Frage, ob die Tankstellenpreise wettbewerbskonform sind oder nicht, kann die MTS nicht beantworten. Sie verfolgt ein ganz anderes Ziel. Die Markttransparenzstelle schafft für den Autofahrer einen Grad an Transparenz, den die Unternehmen heute schon haben. Der Verbraucher kennt bislang in aller Regel nur die Preise der Tankstelle, die er gerade anfährt. Den bestehenden Lösungen im Internet fehlt es aus meiner Sicht noch an der Marktdurchdringung, die wir mit der MTS erreichen können.

? Und Sie glauben, dass dadurch die Preise sinken? Machen doch Steuern und diverse Abgaben mehr als die Hälfte des Endkundenpreises an der Zapfsäule aus.

Das Bundeskartellamt hat nicht die Aufgabe, für günstige, sondern für marktgerechte Preise zu sorgen. Wir stellen sicher, dass der Wettbewerb funktioniert – den Rest regelt der Markt. Wir glauben,



„Ich bin gegen jede Instrumentalisierung von Bußgeldern. Wir verhängen Kartellstrafen, um Märkte in Ordnung zu bringen.“

Andreas Mundt zum Vorschlag von SPD und Grünen, die Verbraucherzentralen künftig aus Kartellstrafen zu finanzieren und als Marktwächter einzusetzen.

dass Wettbewerb zu optimalen Preisen führt. Und die Tatsache, dass die staatlichen Abgaben so hoch sind, entbindet uns nicht von der Pflicht, für Wettbewerb zu sorgen. Und ja: Ich denke, dass ein gewisser Wettbewerbsdruck von den veröffentlichten Preisen ausgehen kann. Es gibt Studien, die zeigen, dass die Verbraucher beim Kraftstoff zwar preissensibel sind, aber dennoch keine andere Tankstelle ansteuern. Die Wechselbereitschaft wird mit der MTS zunehmen. Das ist auch ein Lernprozess. Nach der Liberalisierung des Strom- und Gasmarkts war die Wechselbereitschaft zunächst auch nur schwach ausgeprägt.

? Wie weit sind Sie mit der MTS?

Derzeit arbeiten wir an den technischen Feinheiten. Es ist noch einiges zu tun, aber im Laufe des Jahres wird die MTS starten. Wir geben alle Preisdaten dann im Minutenrhythmus weiter an Verbraucherinformationsdienste. Ich bin sicher, dass dort interessante Geschäftsmodelle entstehen, beispielsweise mit Blick auf Lösungen für mobile Endgeräte.

? Müssen alle Tankstellen mitmachen?

Tankstellen mit einem Absatz von jährlich bis zu 750 Kubikmeter Kraftstoff können sich auf Antrag von der Meldepflicht befreien lassen. Gleiches gilt für Härtefälle, also wenn beispielsweise eine Tankstelle in der nahen Zukunft sowieso geschlossen werden soll. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass viele das in Anspruch nehmen. Denn eine Befreiung von der Meldepflicht bedeutet auch, dass die Tankstelle in keinem Informationsdienst auftauchen wird. Und gerade für die kleinen Anbieter ist es ja von Vorteil, erfasst zu sein.

? Warum denn das?

Die Freien Tankstellen liegen regelmäßig einige Cent unter den großen. Wenn wir davon ausge-

hen, dass die Verbraucher künftig verstärkt die günstigsten Anbieter ansteuern, sollten diese Tankstellen also profitieren. Wenn man Wettbewerb entfachen möchte, geht das am besten über die Vertreter, die nicht dem Oligopol der fünf Markenanbieter angehören. Außerdem führen wir derzeit Verfahren, in denen es um den Vorwurf geht, dass die fünf großen Anbieter – denen ja auch die Raffinerien in Deutschland gehören – ihre Produkte zu höheren Preisen an den Mittelstand abgeben, als sie sie selbst an ihren Tankstellen anbieten.

? Um das festzustellen, muss man doch nur Preise vergleichen. Oder?

Tatsächlich ist das nicht so einfach, denn es geht hier nicht um Preisunterschiede von zehn, sondern vielleicht von einem oder zwei Cent beim Raffinerieverkauf. Als Vergleichsbasis dient der Straßenverkaufspreis, doch der ist nicht immer leicht zu erheben. So kann es sein, dass das gleiche Produkt etwa durch verschiedene Rabattierungen für Automobilclubmitglieder oder Inhaber von Flottenkarten zur gleichen Zeit an derselben Tankstelle unterschiedlich teuer ist. Beträgt die Preis-Kosten-Schere bei der Raffinerie nur einen und der Straßenverkaufspreis der großen Fünf variiert um zwei oder drei Cent, wird es kompliziert.

? Nach dem Willen von SPD und Grünen sollen die Verbraucherzentralen Ihnen als Marktwächter zur Seite treten – finanziert über Kartellstrafen.

Mir schallt immer entgegen, uns könne egal sein, wohin Kartellstrafen gingen. Ich sehe das völlig anders: Ich bin gegen jede Instrumentalisierung von Bußgeldern. Wir verhängen Kartellstrafen, um Märkte in Ordnung zu bringen, die Bußgelder stehen für uns gar nicht so sehr im Fokus. Und ich möchte jeden faden Beigeschmack vermeiden, dass es heißen könnte, wir führten Verfahren, um Bußgelder hereinzuholen, mit denen der Staat dann etwas finanziert. Das ist der falsche Weg. Wenn Bund und Länder die Arbeit der Verbraucherschützer für so wichtig erachten – und das ist sie ja ohne Zweifel –, dann soll die Politik auch für eine angemessene Finanzierung sorgen und über die Einstellung in den Haushalt auch die politische Verantwortung für diese Ausgaben ausweisen.

—

Vielen Dank für das Gespräch.

WAS DEN PEAK OIL MIT DEM ENDE DER WELT VERBINDET

Dass die Erdölreserven eines Tages aufgebraucht sind, ist unstrittig. Nur weiß niemand seriös zu sagen, wann. Ideologisch gefärbte Aussagen zum kurz bevorstehenden Ölfördermaximum – nachzulesen auf den Folgeseiten – sind demnach etwa so zuverlässig wie die Beispiele auf dieser Seite.

„Diese Strahlen des Herrn Röntgen werden sich als Betrug herausstellen.“

Lord Kelvin, Erfinder eines Gasthermometers und Präsident der Royal Society, hatte die Entdeckung Wilhelm Conrad Röntgens offenbar nicht durchleuchtet.

„Uns gefällt ihr Sound nicht, und Gitarrenmusik ist ohnehin nicht gefragt.“

Mit dieser Begründung lehnte die Plattenfirma Decca 1962 die Beatles ab – nachträglich unseren Glückwunsch dazu!

„Das Erdöl ist eine nutzlose Absonderung der Erde – eine klebrige Flüssigkeit, die stinkt und in keiner Weise verwendet werden kann.“

Aus einer Verlautbarung der offenbar sehr kundigen ‚Akademie der Wissenschaften‘ in St. Petersburg, datiert auf 1806.

„Unsere Jugend ist heruntergekommen und zuchtlos. Die jungen Leute hören nicht mehr auf ihre Eltern. Das Ende der Welt ist nahe.“

4.000 Jahre alter Keilschrifttext aus Ur. Offenbar hatten die alten Sumerer eine flexible Vorstellung von zeitlicher Nähe.

„Flugzeuge sind interessante Spielzeuge ohne militärischen Wert.“

Schön wär's, lieber Marschall Ferdinand Foch, Militärstrategie.

„Zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD gibt es keine Einheit und wird es keine Einheit geben. Das ist so sicher und so klar wie die Tatsache, dass der Regen zur Erde fällt ...“

Erich Honecker, 1981, hatte offenbar nicht die Absicht, eine Einheit herbeizuführen.

„Ich glaube, es gibt einen weltweiten Bedarf an vielleicht fünf Computern.“

IBM-Chef Thomas J. Watson lag 1943 knapp daneben.

„Wir haben 60 Jahre ohne Fernsehen gelebt, und wir werden auch noch weitere 60 Jahre ohne Fernsehen auskommen.“

Avery Brundage, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), 1960. Übrigens: Die Spiele 2012 in London verfolgten laut IOC rund 4,8 Milliarden Menschen am Fernseher.

VERSORGUNG FÜR JAHRZEHNTE GESICHERT

TEXT Frank Burger

Das weltweite Ölfördermaximum

ist nahe oder bereits überschritten: Diese sogenannte Peak-Oil-These wird seit den 1950er-Jahren hartnäckig verbreitet und findet auch heute noch Anhänger. Vor allem in der Politik. Und es gibt immer neuen Zeitangaben.

Was den Weltuntergang mit dem Peak Oil verbindet? Beides – also das Ende aller Tage und der Zeitpunkt, an dem das globale Ölfördermaximum erreicht ist – wird irgendwann kommen. Aber das ist nicht die einzige Gemeinsamkeit. Denn wann das geschieht, das kann man weder im einen noch im anderen Fall sagen. Und diejenigen, die von sich behaupten, es zu können, liegen oft grandios daneben. Der Kalender der Maya, Renaissance-Astrologe Nostradamus oder das evangelikale „Missionswerks Mitternachtsruf“ irrten mit ihren Vorhersagen zur Apokalypse, die von 1982 über Juli 1999, Mai 1988, 1995 und 2000 bis schließlich exakt zum 21. Dezember 2012 reichten. Folgen solche Untergangsszenarien häufig dem Memento-mori-Gedanken mit dem Ziel, dem demütigen Menschen seine Vergänglichkeit zu vergegenwärtigen, hat der Peak Oil eine andere, weit weniger liturgische Funktion. Wer die noch immer extrem unwirtschaftlichen Techniken zur

Erzeugung erneuerbarer Energien mit Milliarden-summen subventionieren und den Bürger daran mit hohen Umlagen beteiligen will, muss schon einen sehr guten Grund dafür angeben können. Was passt da besser, als zu behaupten, dass man keine andere Wahl hat? Weil das Öl bald verbraucht ist. Aber stimmt das eigentlich?

Fördermenge so hoch wie nie

Seit Jahrzehnten kündigen selbst ernannte Experten den Peak Oil immer wieder an – bis heute lässt er auf sich warten. Sobald das Fördermaximum erreicht sei, so die These, sinke die Produktion, weil mehr als 50 Prozent des zu wirtschaftlich sinnvollen Kosten abbaubaren Rohstoffs bereits gefördert seien. Mit der Folge, dass der Ölpreis immer weiter steige. Das Konzept geht zurück auf den US-amerikanischen Geologen Marion King Hubbert, der 1956 prognostizierte, das Fördermaximum der US-Ölfelder werde in

den frühen 1970er-Jahren erreicht, der globale Gipfel im Jahr 2000. Seither haben zahlreiche Experten wie die des Club of Rome den Peak Oil vorausgesagt, mal für 1989, 2003, 2007 oder 2008.

Sie haben sich geirrt. Die weltweite Fördermenge ist nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) zwischen 2009 und 2012 von 85,4 Millionen Barrel pro Tag auf 90,9 Millionen Barrel angewachsen. Allein die USA haben ihre Ölproduktion in diesem Zeitraum um rund 75 Prozent gesteigert. Die zunehmende Erschließung unkonventioneller Lagerstätten in Verbindung mit neuen Fördertechniken wie Fracking wird die Produktion zusätzlich ankurbeln. Hinzu kommt nach Ansicht von Fachleuten, dass der weltweite Ölbedarf ab 2020 sogar stagnieren kann, wenn die Entwicklung effizienterer Verbrennungsmotoren und die zunehmende Nutzung von Erdgas anstelle von Öl vorangetrieben werden. Es wird also Zeit, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, der Peak Oil werde in naher Zukunft erreicht.

DIW-Preisprognose um 50 Prozent zu hoch

Mehr noch: Leonardo Maugeri, Autor einer Studie der Harvard-Universität aus dem vergangenen Jahr, die den bezeichnenden Titel „Oil – The Next Revolution“ trägt, kommt zu dem Schluss, dass noch in diesem Jahrzehnt die weltweite Ölförderung nie geahnte Ausmaße annehmen werde: „Die Ölproduktion wird so stark steigen, dass sie sogar den Bedarf übertreffen könnte – und dieser Überschuss hätte einen Preisrückgang zur Folge“, sagt Maugeri. Er rechnet damit, dass „bis zum Jahr 2020 die Fördermenge auf mehr als 110 Millionen Barrel pro Tag gesteigert werden kann“. Das entspräche, verglichen mit 2012, einem Zuwachs von rund 20 Prozent. Unter diesen Bedingungen, so der Experte, sei ein Preis von rund 70 US-Dollar pro Barrel Öl realistisch und für die Industrie rentabel. Angesichts solcher Prognosen bekommen andere Mutmaßungen eine neue Qualität. „In fünf Jahren ist ein Ölpreis von 150 Dollar wahrscheinlich, in zehn Jahren sogar ein Preis von 200 Dollar“, orakelte Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin zum Jahresbeginn 2008 gegenüber der „Berliner Zeitung“. Bei Teil eins ihrer Voraussage lag sie knapp daneben – zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag der Barrel-Preis bei rund 93 Dollar für die Sorte WTI und 103 Dollar für die Sorte Brent. Man darf gespannt sein, wie es in fünf Jahren um den Ölpreis bestellt ist.

Zurück zur Maugeri-Studie: Ermöglicht werde die „Ölrevolution“ durch die Milliardeninvestitionen der Branche in den vergangenen Jahren – vor allem in die Erschließung und den Abbau unkonventioneller Vorkommen wie Ölschiefer und Ölsand und Technologien wie Fracking. Das Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers (PWC) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: „Fracking kann bis zu 12 Prozent zur globalen Ölförderung beitragen“, heißt es in einer Studie der Wirtschaftsfachleute. Vor allem die USA werden von dem Potenzial der neuen Lagerstätten und Technologien profitieren, davon ist auch die IEA überzeugt. In der jüngsten Ausgabe ihres World Energy Outlook von 2012 prognostiziert die IEA, dass die Vereinigten Staaten bis 2025 zum weltgrößten Erdölproduzenten aufsteigen und bis 2035 sogar energieautark werden können – zugegeben: unter der Voraussetzung, dass der Verbrauch in den USA bis dahin deutlich sinkt.

Globaler Ölbedarf: Stagnation ab 2020?

Darauf weist auch der Physiker Werner Zittel hin, Mitglied des internationalen Expertennetzwerks Energy Watch Group: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die IEA mit unterschiedlichen Zukunftsszenarien arbeitet, die die Entwicklung unter bestimmten Annahmen beschreiben. Und immerhin wäre es in diesem Fall nötig, dass die amerikanische Bevölkerung ihren energieintensiven Lebensstil drastisch ändert.“ Was das angeht, ist die Citigroup optimistisch: Ein Team von Automobilexperten des Finanzdienstleisters schätzt, dass bessere Technik dem Verbraucher einiges an Verantwortung abnehmen wird. So werde die Effizienz von Automotoren weltweit durch technische Innovationen pro Jahr um durchschnittlich 2,5 Prozent zunehmen und dadurch aus Öl gewonnenes Benzin sparen.

Hinzu kommt laut Citigroup, dass Öl zunehmend durch Erdgas ersetzt werden kann, beispielsweise in der Stromerzeugung. In Kombination werden beide Faktoren nach Einschätzung der Citigroup dazu führen, dass der globale Ölbedarf ab dem Jahr 2020 stagniert.

„Die Ölproduktion wird so stark steigen, dass sie sogar den Bedarf übertreffen könnte.“

Leonardo Maugeri, Harvard-Universität



Seit Jahrzehnten
kündigen selbst ernannte Experten den Peak Oil immer wieder an – bis heute lässt er auf sich warten.

Prognosen reichten
von den frühen 1970er-Jahren über 1989 bis zu den Jahren 2003, 2007 und 2008.

Stattdessen stieg
die weltweite Fördermenge zwischen 2009 und 2012 von 85,4 Millionen auf 90,9 Millionen Barrel.

FAZIT

Der Weltuntergang ist mal wieder verschoben.



Elektroauto? Europa sagt: nein danke!

Die Europäer mögen offensichtlich keine Elektroautos. Das berichtete jüngst die Zeitung „Die Welt“. Demnach lag laut Zahlen aus 16 westeuropäischen Ländern der Marktanteil der Fahrzeuge mit E-Antrieb gerade einmal bei einem guten Viertel Prozent. 2.039 Fahrzeuge wurden im Monat der Erhebung zwischen Finnland und Portugal neu zugelassen, rund 30.000 Stück im gesamten Jahr 2012. Zum Vergleich: Insgesamt gab es auf dem Fahrzeugmarkt im selben Zeitraum 11,5 Millionen Neuzulassungen. Sogenannte Steckdosen- oder Plug-in-Hybride – Modelle mit einem Verbrennungsmotor sowie einer Zusatzbatterie – sind bereits eingerechnet. Deutschland gehört zwar zu den größten Märkten in dieser Nische und die Zulassungszahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr knapp um die Hälfte erhöht. So werden die politisch gewollten eine Million Elektrofahrzeuge bis zum Jahr 2020 in Deutschland jedoch nicht erreicht.

Umfrage

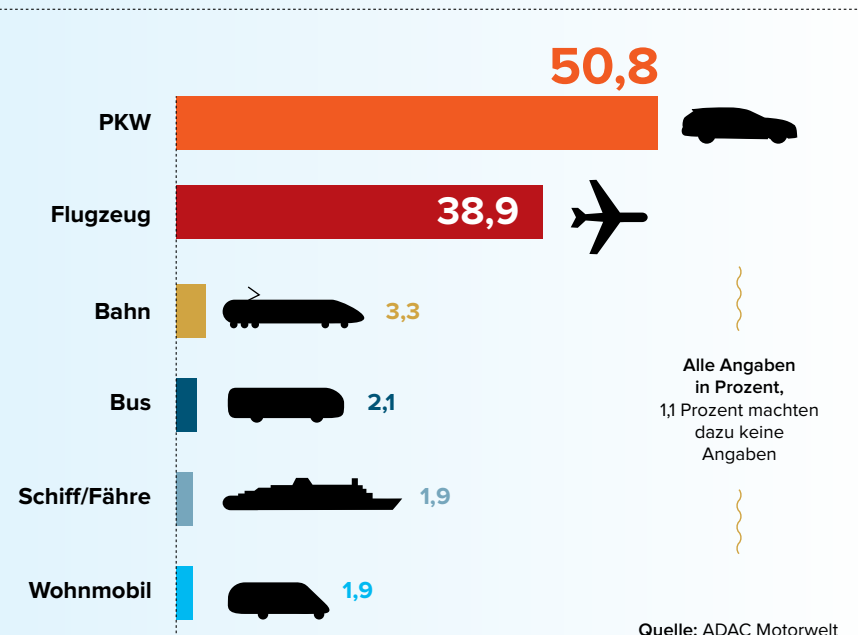
MIT DEM AUTO IN URLAUB

Der größte deutsche Automobilclub ADAC hat 4.000 seiner mehr als 18 Millionen Mitglieder nach ihren Reiseplänen für das Jahr 2013 befragt. Unter anderem wollten die Münchener wissen, mit welchem Verkehrsmittel der Erholungssuchende bevorzugt an seinen Urlaubsort gelangt. Dabei kam heraus: Das Auto ist nicht nur des Deutschen liebstes Kind, sondern offenbar auch des Deutschen liebstes Reiseverkehrsmittel. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer gab an, im eigenen Vehikel in die Ferien zu fahren. Dazu kommen noch einmal 2,1 Prozent, die den Reisebus wählen, und 1,9 Prozent, die per Wohnmobil unterwegs sein wollen. Lediglich das Flugzeug auf Platz zwei kann mit 38,9 Prozent mit dem Auto noch einigermaßen mithalten – per Auto auf die Malediven oder in die Dominikanische Republik ist halt nicht ganz so einfach. Etwas überraschend spielt die Bahn mit nur 3,3 Prozent so gut wie keine Rolle.

Das Auto ist Reiseverkehrsmittel Nummer eins

Mehr als die Hälfte der befragten nutzten den Pkw, um an ihren Urlaubsort zu kommen. Auf Platz zwei liegt das Flugzeug.

DES DEUTSCHEN LIEBSTES REISEGEFÄHRT



ZAHL DER H₂-TANKSTELLEN SCHRUMPT

Geht dem Wasserstoff die Luft aus?

Viele Wasserstofftankstellen gibt es sowieso noch nicht. Und jüngst ist die Zahl der H₂-Zapfstellen europaweit sogar noch gesunken. Zwar sind nach Angaben der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik und des TÜV Süd 27 neue Stationen in Betrieb gegangen. Da allerdings mehr H₂-Zapfstellen geschlossen wurden, sank die Gesamtzahl von 215 auf 208. Deutschland verfügt derzeit über rund 20 bis 25 öffentlich zugängliche Wasserstofftankstellen und ist damit Spitzenreiter im europäischen Vergleich. Die Versorgungsinfrastruktur ist der große Knackpunkt in der Diskussion um Wasserstoffantriebe. In Brennstoffzellenfahrzeugen, die Wasserstoff in Elektrizität umwandeln, sehen einige die Chance zur Klimaretterung. Da es aber derzeit gerade einmal rund 100 Fahrzeuge in Deutschland gibt, ist die Zurückhaltung der Tankstellenbetreiber nur konsequent. Denn eine H₂-Zapfsäule kostet rund eine Million Euro – für das Geld gibt's schon eine komplett ausgestattete konventionelle Tankstelle. —

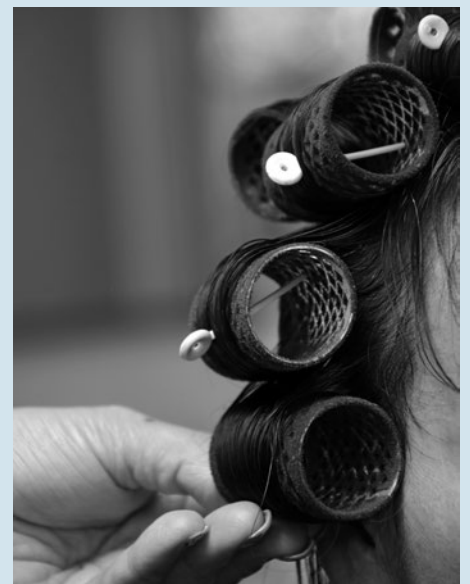
Forschung

DIESEL AUS DEM DARM?

Diese Meldung lässt aufhorchen: Wie „Spiegel Online“ und andere Medien berichten, sei es britischen Forschern der University of Exeter in Laborversuchen gelungen, aus menschlichen Darmmikroben Dieseltreibstoff herzustellen. Sogenannte Escherichia-coli-Bakterien können freie Fettsäuren zu Kohlenwasserstoffen verarbeiten, aus denen Substanzen entstehen, die chemisch mit Diesel identisch sind. Der Kraftstoff könnte somit eingesetzt werden, ohne dass zum Beispiel Automotoren angepasst werden müssten, heißt es im Bericht „Proceedings of the National Academy of Sciences“. Allerdings befindet sich das Verfahren noch in einem frühen Stadium der Entwicklung. Einige Fragen lässt das Statement unbeantwortet: Woher die großen Mengen benötigter Fettsäuren kommen sollen beispielsweise. Auch zu Kosten und Wirtschaftlichkeit der Herstellung mit Blick auf eine künftige Serienreife findet sich nichts. Und zu guter Letzt bleibt die Frage, ob die Verbraucher Diesel mit dieser recht unappetitlichen Herkunft akzeptieren würden. Im Internetforum des Nachrichtenmagazins äußerte ein Teilnehmer zudem Protest: „Meine Darmbakterien produzieren seit Jahrzehnten zuverlässig Biogas und noch nie hat sie der Spiegel dafür gelobt ...“ —



Fotos: Kiep/shutterstock, Piotr Marcinski/shutterstock



... die Tankstelle, die sich im Laufe der Jahrzehnte extrem verändert hat und deren innovative Betreiber immer neue Ideen haben. Wo der Kunde früher nur Benzin oder Diesel zapfte, kann er heute einkaufen, das Auto waschen lassen, sich mit Snacks versorgen oder zum Entspannen einen Kaffee trinken. Doch damit ist längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Denn nun wird die Palette um zwei Angebote ergänzt: Haare schneiden und Bürodienstleistungen. Das Konzept von „Tank & Cut“ sieht vor, containerartige Modulbauten an die Tankstellen anzugliedern und diese an Friseure zu vermieten. In Konstanz hat die erste Filiale eröffnet. Wie viele Kunden im Schnitt zum Schnitt kommen, ist noch nicht bekannt. In Berlin bietet der Dienstleister Regus seit kurzem Büroplätze an, die reisende Geschäftsleute mieten können. Künftig heißt es dann: „Einmal volltanken, E-Mails checken sowie einmal waschen und legen bitte!“

BILLIGER ALS WASSER

20 Cent

oder umgerechnet 1 Riyal – so wenig kosten Diesel und Benzin Oktan 97 in Katar, den großen Erdölvorkommen sei dank. Damit ist Kraftstoff meist billiger als der Liter Mineralwasser aus den Supermärkten des Wüstenstaats, wie das Fachmagazin „tankstelle“ berichtet.



Zugriff (vorerst) verweigert

TEXT Florian Flicke

ILLUSTRATION Jonas Lauströer

Das Excise Movement and Control System, kurz EMCS, soll die Beförderung und Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren innerhalb der Europäischen Union eigentlich erleichtern. Eigentlich. Im Fall der Schmierstoffadditive und der Schmierstoffe zeigt sich, zu welch absurden Folgen ein Zuviel an Bürokratie führen kann.

Staatsschuldenkrise? Hohe Jugendarbeitslosigkeit? Bankenkollaps? War da was? Wer sich mit dem Thema EMCS beschäftigt und mit der Lust, mit der sich Teile der Eurokratie darauf stürzen, der stellt sich schnell die Frage, ob Europa derzeit nichts Wichtigeres vor der Brust hat als das Excise Movement and Control System.

Hinter EMCS verbirgt sich ein verbindliches, hochkomplexes Computersystem der Europäischen Union (EU) zur Überwachung von Gütern, die der Verbrauchsteuer unterliegen und unter Aussetzung der Steuer innergemeinschaftlich transportiert werden sollen. Die im Kern gute Idee hinter EMCS lautet: keine Papierdokumente mehr, schnellere Abwicklung von Geschäften sowie Besteuerung der Waren erst am Ort des Verbrauchs. Und ein effektiverer Kampf gegen Steuerbetrüger, die laut Angaben der Europäischen Union für einen jährlichen Steuerausfall von bis zu

Auf bis zu
150.000 Euro
 schätzt UNITI den einmaligen Aufwand pro Firma,
 sollte EMCS auch für Schmierstoffe greifen. Spezialanbieter
 müssten noch viel höhere Kosten stemmen.



einer Billion Euro verantwortlich sein sollen. So weit, so klar. Doch allein die ewige Entstehungsgeschichte von EMCS – zwischen der Bildung des Binnenmarkts 1993 bis zum EMCS-Start 2011 liegen satte 18 Jahre – gibt Anlass zur Vermutung, dass die Materie so einfach nicht ist.

Sippenhaft abgewendet

Davon können auch die Hersteller und Händler von Schmierstoffadditiven, die als Zusatzstoffe etwa Schmiermitteln das gewisse Extra gegen Korrosion verleihen oder die Viskosität verbessern, ein bitteres Lied singen. Um Haaresbreite verhinderten die Vertreter von UNITI und des europäischen Dachverbands für die Schmierstoffindustrie, UEIL, dass auch Schmierstoffadditive und Schmierstoffe unter die strengen Regeln des EMCS-Verfahrens fallen.

Andernfalls wäre es zur absurden Situation gekommen, dass ein Überwachungsverfahren für verbrauchsteuerpflichtige Waren auch für Produkte greift, die gar nicht der Verbrauchsteuer unterliegen. Der gleichlautende Antrag der Delegationen aus Polen und Litauen fand Ende vergangenen Jahres im Verbraucherausschuss der Europäischen Kommission keine Mehrheit. Dass sich in Brüssel vor allem die Osteuropäer für die Aufnahme sämtlicher Mineralölprodukte ins EMCS-Verfahren stark machen, hat einen Grund: Immer wieder erreicht in kleinem Stil gepantschte Ware aus Osteuropa den westlichen Markt. Oder eigentlich verbrauchsteuerpflichtige Kraftstoffe werden als verbrauchsteuerbefreiter Schmierstoff deklariert. Das sind beileibe keine Kavaliersdelikte.

Aber auch längst kein Grund, gleich mit der EMCS-Bazooka auf den Markt für Schmierstoffe zu schießen. Warum soll eine florierende Branche in Sippenhaft dafür genommen werden, dass die Ordnungsbehörden in wenigen Regionen der EU lösbar Probleme

nicht in den Griff bekommen? Vor allem der forschungsfreudige deutsche Mittelstand wäre massiv betroffen, wenn EMCS künftig auch im Schmierstoffsegment zur Pflicht würde.

Rund 200 Unternehmen aus Deutschland dominieren den europäischen Markt für Schmierstoffe, zum Teil in sehr engen Nischen, in denen sie Kunden auch mit Kleinstabbindungen beliefern. Würden nun sämtliche inländischen wie grenzüberschreitenden Lieferungen von Schmierstoffen unter das EMCS-Verfahren fallen, hätte das massive Änderungen in den Betriebsabläufen zur Folge. Und immense Mehrkosten, für die nur einer aufkommt: das jeweilige Unternehmen.

Auf 120.000 bis 150.000 Euro schätzt UNITI die Kosten pro Unternehmen, einmalige Kosten für die Einrichtung von EMCS und die Sicherheitsleistung gar nicht eingerechnet. Firmen, die vorrangig Spezialprodukte in kleinen Chargen herstellen, müssten aber noch mit weit höheren Kosten rechnen. Ins Geld gingen vor allem der Bau von getrennten Steuerlagern, der Kauf neuer Misch- und Lagerbehälter sowie neuer Messgeräte und Leitungen – wohlgerne für ein Produkt, das gar nicht verbrauchsteuerpflichtig ist. Oder ist EMCS am Ende nur der Türöffner, um auch Schmierstoffe – wie heute schon Kraft- und Brennstoffe – mit Verbrauchsteuer zu belegen?

Auszuschließen ist nichts, schon gar nicht in Brüssel. Denn trotz der klaren Niederlage im Abstimmungsverfahren Ende 2012 bleiben die Befürworter des EMCS-Regimes hartnäckig und setzen auf das Maximum an Regulierung. Sie verlangen, dass das EMCS-Verfahren auch

auf die Produkte der sogenannten KN-Codes 2710 19 99 („Andere Schmieröle/Öle“) und 2710 19 91 („Metallbearbeitungsöle, Trennöle, Anti-Korrosionsöle“) ausgeweitet wird. Was wie eine Brüsseler Petitesse klingt, hätte für die deutsche Schmierstoffwirtschaft und ihre Beschäftigten bedenkliche Folgen. Besonders, weil Aufwand und Ertrag in einem so krassen Missverhältnis zueinander stehen würden. Doch UNITI hält dagegen. Europa hat derzeit wirklich Wichtigeres zu erledigen. ■

IN KÜRZE:

EMCS

Seit Start des Europäischen Binnenmarkts 1993 haben die Finanz- und Zollbehörden in Europa ein Problem: Wie kontrolliert man innergemeinschaftliche Warentransporte? Wie garantiert man, dass die Verbrauchsteuern überhaupt und nur dort entrichtet werden, wo die Waren auch verbraucht werden? Die frühere Lösung mit dem „begleitenden Verwaltungsdokument“ in Papierform war höchst umständlich – und bot zudem keinen ausreichenden Schutz gegen Betrug und entsprechende Steuerausfälle, vor allem bei Tabakwaren und Alkohol. Mit dem computergestützten Excise Movement and Control System soll es nun einfacher werden. Verbrauchsteuerpflichtige Kraftstoffe, Brennstoffe und ihre Additive fallen unter die EMCS-Regeln – Schmierstoffe und ihre Additive nicht.



Das verschwiegene Potenzial

TEXT Matthias Schatz

Mit steuerlicher Förderung wären der Sanierungsstau bei Öl- und Gasheizungen zu überwinden und die EU-Klimaziele zu erreichen. Doch nicht nur das: Eine höhere Sanierungsquote spülte zudem viel Geld in die öffentlichen Kassen. Doch diese Diskussion führt in Berlin bislang noch niemand.

Seit mehr als zehn Jahren sinkt die Quote der Heizungsanlagen, die in deutschen Ein- und Zweifamilienhäusern modernisiert werden. Dabei klemmt es im Heizungsbestand extrem, jeder fünfte Kessel ist älter als 24 Jahre. Um die Energiesparziele bis 2020 zu erreichen, müssten jährlich rund 650.000 dieser Haushalte ihre Anlagen erneuern und damit effizienter machen. Darauf machte schon 2011 die Verbändeinitiative Energieeffizienz und Klimaschutz aufmerksam,

wurden seinerzeit doch nur knapp 390.000 solcher Haushalte auf den neusten Stand der Technik gebracht. Der Trend hält an. Erst im Februar dieses Jahres mahnte die Deutsche Energie-Agentur (dena) in einer Studie, die sie zusammen mit dem Wirtschaftsberatungsunternehmen frontier economics durchführte: „Größere Anstrengungen müssen unternommen werden, wenn Deutschland seinen Endenergieverbrauch pro Jahr um 1,5 Prozent bis 2020 senken will, wie

es die neue EU-Energieeffizienzrichtlinie vorgibt.“

Strafabgaben: Verbraucher zögern

Die Botschaft ist klar: Es reicht nicht, nur alternative Energien zu fördern. Auch für die Modernisierung von Öl- und Gasheizungen, durch die der Verbrauch gesenkt wird, sollte es stärkere finanzielle Anreize geben. Diesen technologieoffenen Ansatz hat die dena in ihrer Studie übrigens ausdrücklich gelobt. Stattdessen werden –

auch in Reihen der Politik – mehr und mehr Stimmen laut, die ordnungspolitische Eingriffe fordern, mit denen die Nutzung alternativer Energien oder bestimmter Systeme wie etwa Fernwärme erzwungen werden soll. Sogar eine Straf-abgabe für den Verbrauch von Heizöl, Erdgas und Briketts wird diskutiert.

Die Debatte um solche Zwangsmaßnahmen, zu denen etwa das „Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie“ in Baden-Württemberg (siehe „energie+ Mittelstand“ 1/2013, Seite 22) zählt, sind freilich kontraproduktiv. Denn sie schrecken Hauseigentümer eher von einer Modernisierung ab, wie sich im Schwabenland gezeigt hat. Was verständlich ist. Welcher Hausbesitzer nimmt schon Geld für eine hocheffiziente Öl-Brennwertheizung in die Hand, wenn er nicht weiß, ob er nicht schon bald eine Strafsteuer für die Nutzung entrichten muss?

Dabei könnten mit technologieoffenen steuerlichen Anreizen die Effizienz deutlicher gesteigert, das Klima noch besser geschont und im Endeffekt sogar – und das wird oft verschwiegen – die Volkswirtschaft gestärkt und die Staatskassen gefüllt werden. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten der Technomar GmbH im Auftrag der Verbändeinitiative. Dabei wurde angenommen, dass bei einer Modernisierung von Geräten, die keine regenerativen Energien nutzen, 60 Prozent der Investitionen steuerlich geltend gemacht werden können. Für Anlagen, bei denen zusätzlich regenerative Träger verwendet werden, soll diese Quote bei 80 Prozent liegen. Sämtliche Abschreibungen enden nach zehn Jahren.

Sanierungen: Der Staat verdient mit
Die positive volkswirtschaftliche Konsequenz ist so banal wie zwingend: Aufgrund einer günstigeren Förderlage würden mehr Verbraucher beispielsweise neue Heizungsanlagen installieren lassen. Im Zuge des höheren Umsatzes führen die ausführenden Handwerksbetriebe wiederum mehr Steuern an den Fiskus ab. Obendrein wären mehr Menschen beschäftigt, wodurch das Aufkommen an Lohnsteuern und Sozialabgaben steigt. Zudem liegt der Marktanteil der Wärmeerzeuger, die von der deutschen Heizungsindustrie stammen, bei etwa 90 Prozent. Unter dem Strich führt laut

Technomar ein solches Programm zu einem Plus von mehr als 4 Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte.

Zu einem tendenziell ähnlichen Ergebnis kommt auch eine Prognos-Studie, die von der Frankfurter KfW Bankengruppe in Auftrag gegeben wurde. Sie ergab, dass auf lange Sicht die Steuern und Abgaben aus der Bruttowertschöpfung und Beschäftigung die Summe der Fördermittel übersteigen. „Die von der KfW geförderten Investitionen sichern bis 2050 pro Jahr zwischen 200.000 und 300.000 Arbeitsplätze, vor allem im Handwerk und in der Bauwirtschaft“, erklärt dazu KfW-Chefvolkswirt Jörg

Zeuner. „Daraus resultieren Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte von insgesamt 95 Milliarden Euro.“ Die energetische Sanierung könnte also auch eine Art Konjunkturprogramm sein. „Dies umso mehr, wenn alle effizienzsteigernden Systeme und alle Energieträger einbezogen werden“, sagt der UNITI-Vorstandsvorsitzende Udo Weber. „Es sollten alle Sanierungsstufen gefördert werden, von der Einzelmaßnahme bis zur ganzheitlichen Sanierung der Gebäudehülle.“

Fakt ist: Technologieoffene wirtschaftliche Anreize helfen nicht allein dem Klimaschutz. ■



Stephan Kohler ist seit dem Jahr 2000 Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Deutschen Energie-Agentur (dena).

Interview mit Stephan Kohler

„Die Fördersumme muss steigen“

Welche Möglichkeiten gibt es, den Sanierungsstau im Gebäudebestand aufzulösen?

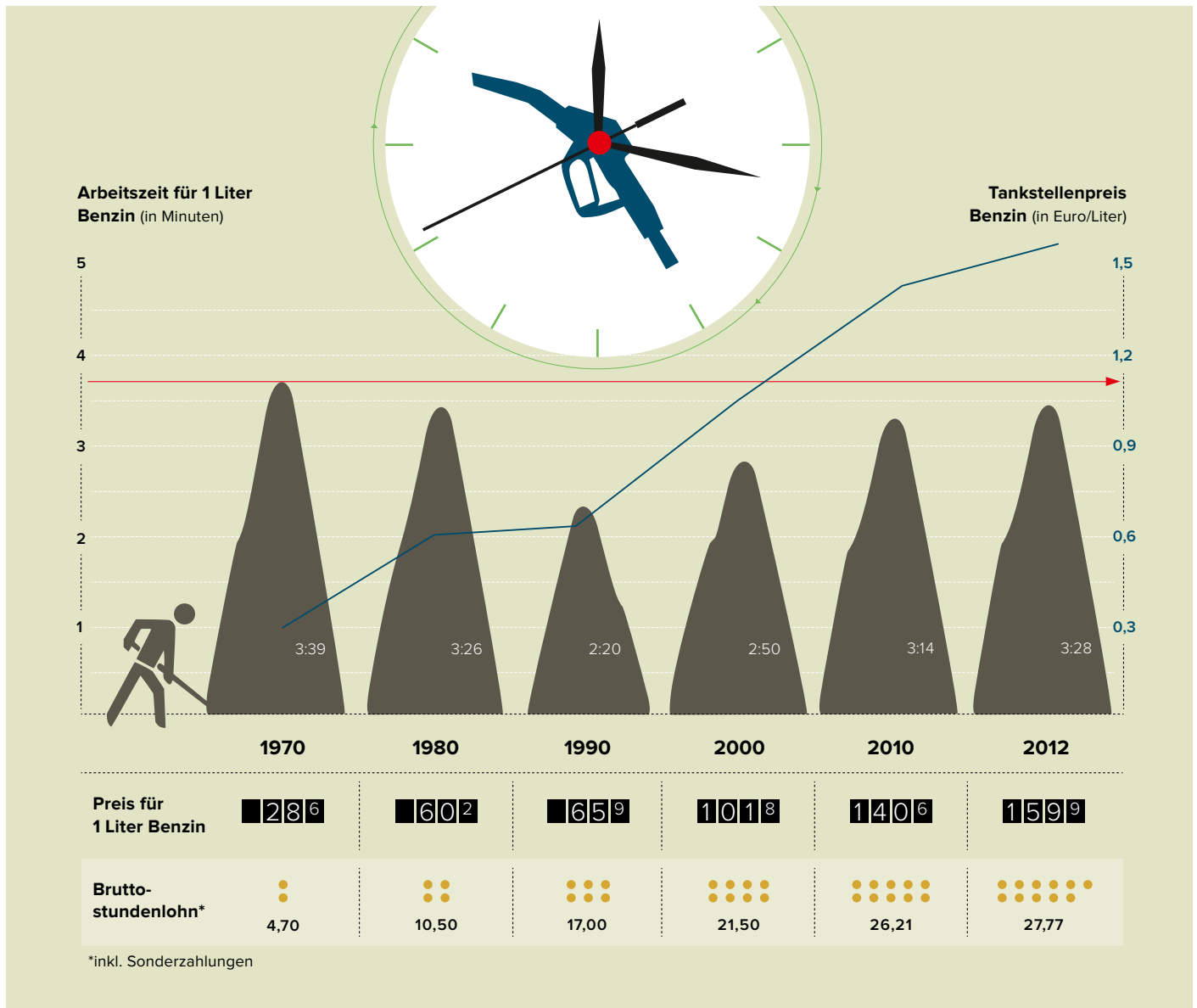
Die energetische Sanierungsgeschwindigkeit muss verdoppelt werden, um die Ziele der Bundesregierung zu erreichen. Um den Sanierungsstau aufzulösen, benötigen wir funktionierende Effizienzmärkte, also einen ausgewogenen Mix zwischen ordnungsrechtlichen Maßnahmen, Förderinstrumenten und Marktangeboten. Besonders wichtig ist, dass wir Markttransparenz bei den Immobilienbesitzern schaffen, zum Beispiel durch einen bedarfsorientierten Energieausweis, und ein qualifiziertes Beratungsangebot organisieren, damit Vertrauen geschaffen wird.

Müssen stärkere finanzielle Anreize für energetische Sanierungsmaßnahmen gesetzt werden?

Der Weg zu einem energieeffizienten Gebäudebestand führt über eine attraktive Förderung mit einem Mix aus Krediten, Zuschüssen und Steuervorteilen. Sie sollte stetig und verlässlich ausgestaltet sein – nur so können Gebäudeeigentümer in Ruhe ihre Sanierung und die Finanzierung planen. Um die im Energiekonzept der Bundesregierung vorgesehene Sanierungsrate zu realisieren, muss die Förderung mittelfristig auf 5 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden.

Muss künftig mit „mehr Staat“ und „weniger Markt“ bei der Umsetzung der Energiewende im Wohngebäudebestand gerechnet werden?

Um einen funktionierenden Markt für energieeffizientes Bauen und Sanieren sicherzustellen, ist es notwendig, zuverlässige und planbare Rahmenbedingungen zu schaffen, die so weit wie möglich auf einem freiwilligen Anreizsystem basieren. Das Ordnungsrecht soll klare Ziele definieren, jedoch dabei technologieoffen und energieträgerneutral sein, um größtmögliche Freiheiten bei der Umsetzung zu gewähren.



So günstig wie vor 40 Jahren

KAUFKRAFT-STATISTIK BELEGT: SPRIT NICHT TEURER

Die Diskussion um hohe Spritpreise ist ein so fester Bestandteil der Folklore wie die scheinbare notorische Unpünktlichkeit der Bahn oder die Unehrlichkeit der politischen Gilde. Dass Benzin heute quasi so erschwinglich ist wie vor 40 Jahren, zeigt eine Studie des Mineralölwirtschaftsverbands. Sie belegt: 1970 mussten Arbeitnehmer im Schnitt 3:39 Minuten tätig sein, um den Tankstellenpreis von 0,57 D-Mark pro Liter Ottokraftstoff zu verdienen. 2012 war der Aufwand bezogen auf den durchschnittlichen Bruttoverdienst mit 3:28 Minuten bei einem Benzinpreis von 1,59 Euro sogar geringer – bedingt durch das gestiegene Lohn- und Gehaltsniveau. Am Rande: Die Pünktlichkeitsquote der Bahn liegt bei fast 95 Prozent; die Ehrlichkeit von Politikern ist leider nicht messbar. ■



initiative
autogas

Wir stehen für Autogas

UNITI, MWV UND DVFG



**Gegen kommunale Eingriffe
in den Wärmemarkt:**

www.Verbrennungsverbote.de

Die Initiatoren:

- Arbeitsgemeinschaft der deutschen Kachelofenwirtschaft (AdK),
- Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik (HKI),
- UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen,
- Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK).



Unser gemeinsamer Antrieb: Die Energiewende im Gebäudesektor.

Ein energieeffizienter Gebäudebestand wird gerade in Zeiten steigender Wohnkosten und knapper öffentlicher Mittel zum wichtigen Baustein eines zukunftsfähigen Energiesystems in Deutschland. Effizienz ist das Gebot der Stunde und wird die Welt von morgen prägen. Die Energiewende ist ohne die Erschließung der Effizienzpotenziale in der Gebäudesanierung nicht realisierbar. Die Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea) hat sich zum Ziel gesetzt, dieses Thema kraftvoll und ganzheitlich voranzutreiben.

Als branchenübergreifender Zusammenschluss mit Vertretern aus Industrie, Forschung, Handwerk, Planung, Energieversorgung und Finanzierung bildet die geea dabei die gemeinsame Stimme in Richtung Politik.

Die Ziele der geea:

- Interessenbündelung der wichtigsten Unternehmen und Verbände innerhalb der Energieeffizienzbranche.
- Langfristige gesetzliche Rahmenbedingungen, die Eigentümer nicht überfordern und auf Bundes- und Landesebene einheitlich sind.

- Intelligente, individuelle Fördersysteme mit einem Mix aus Zuschüssen, Krediten und Steuererleichterungen.
- Planbarkeit und Transparenz für Gebäudebesitzer beim Thema energieeffiziente Sanierung durch eine branchenübergreifende Beratung.
- Nachhaltige Stärkung deutscher Zukunftsbranchen, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern.

Die geea setzt damit als kompetenter Dialogpartner für die Politik wichtige Impulse, um Klimaschutzziele zu erreichen und die Energiewende zu meistern.

Mehr unter www.geea.info

Koordination und Realisierung



Die geea wird getragen von:

